

1 **Antragsteller: OV Gettorf, FU-Kreisverband, AK Soziales der CDU-Kreistagsfraktion**

2

3 **Der CDU-Kreisparteitag möge beschließen:**

4 Die CDU Rendsburg-Eckernförde beantragt, die Voraussetzungen für eine bessere  
5 Vereinbarkeit von Familie und politischem (Ehren-)Amt zu schaffen. Folgende Regelungen  
6 sollen hierfür umgesetzt werden:

- 7 1. Nach der Geburt eines Kindes haben Amtsinhaber und bürgerliche Mitglieder die  
8 Möglichkeit, bis zu einem Jahr „Elternzeit“ zu nehmen. Während dieser Zeit muss  
9 eine Vertretung geregelt sein, sodass die Fraktion ihre volle Stimmzahl behält. Nach  
10 der Elternzeit kehrt die Mutter/der Vater in ihr/sein Amt zurück.
- 11 2. Möchte eine Amtsinhaberin/ein Amtsinhaber keine Elternzeit in Anspruch nehmen,  
12 muss ihr/ ihm gleichwohl die Möglichkeit gegeben werden, ihr/sein politisches Amt  
13 auszuüben. Dabei treffen die entsprechenden Gremien (Gemeinderat, Kreistag etc.)  
14 selbst die Entscheidung, in welcher Form die Ausübung des Mandates und  
15 Stimmrechts ermöglicht sein soll – durch Präsenz der Mutter/des Vaters, bei Bedarf  
16 mit dem Säugling bei Sitzungen, oder beispielsweise durch die Zuschaltung per  
17 Videokonferenz, wenn sich laut Gremienentscheidung kein Säugling während der  
18 Sitzung im Sitzungsraum aufhalten soll.
- 19

20 **Begründung:**

21 Die Strittigkeit bezüglich der Anwesenheit von Säuglingen während politischer Sitzungen,  
22 die in den jüngsten öffentlichen Debatten deutlich wurde, zeigt das Fehlen einer  
23 zeitgemäßen Regelung. Als CDU sollten wir uns für eine Regelung einsetzen, die allen  
24 Beteiligten Sicherheit verschafft.

25 Mit der Möglichkeit, „Elternzeit“ im politischen Amt zu beantragen, wird jungen Frauen und  
26 Männern signalisiert, dass die Vereinbarkeit von Familienzeit und politischem Engagement  
27 unterstützenswert ist. Dies hätte zudem eine wichtige Signalwirkung an junge Menschen,  
28 sich politisch engagieren zu können. Gleichzeitig wird durch die Vertreterregelung  
29 innerhalb der Fraktionen sichergestellt, dass ihr politisches Gewicht, gemessen an der  
30 vorhandenen Stimmenanzahl, nicht durch Fraktionsmitglieder, die in Elternzeit gehen,  
31 gemindert wird.

32 Junge Eltern im politischen Amt sollen daneben die Möglichkeit haben, nach der Geburt  
33 eines Kindes ihr Amt weiter auszuführen. Gerade im ersten Lebensjahr ist eine  
34 Fremdbetreuung der Kinder nicht immer möglich oder gewünscht. Die Politik fördert hier  
35 die Vereinbarkeit beider Lebensbereiche, indem sie zum Beispiel die Anwesenheit von  
36 Säuglingen im politischen Betrieb willkommen heißt oder eine andere Möglichkeit der  
37 Partizipation junger Eltern ermöglicht (z. B. Zuschaltung per Videokonferenz). Die  
38 politischen Gremien sollen selbst wählen können, welche Form der  
39 Vereinbarkeitsermöglichung für sie die beste ist. Dadurch kann den unterschiedlichen  
40 Zusammensetzungen der Gremien Rechnung getragen werden.